

Dr. Sascha Liebermann (Universität Dortmund)

Freiheit durch Bedingungslosigkeit*

Der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle Bürger – Bestimmung und Konsequenzen

*Vortrag Workshop 1 - 2. Treffen des deutschen Netzwerk Grundeinkommen
Konferenz „Zukunft der Gerechtigkeit“ der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 11.12.2004*

Krisenphänomene

Alle europäischen Staaten ringen seit Jahren mit demselben Problem, das nach einer Lösung verlangt: der Entwicklung am Arbeitsmarkt. Die Debatten in den einzelnen Ländern sind – bei allen Unterschieden, die sich aus ihrer Geschichte und Kultur ergeben – so ähnlich wie die Lösungskonzepte, die gepriesen werden. Mit gutem Recht kann deshalb von einer europäischen Krise gesprochen werden, denn die schwierige Lage ist nicht das Ergebnis einer bestimmten Landespolitik. Vor allem, und das muß hier hervorgehoben werden, ist diese Krise im Kern nicht arbeitsmarktpolitischer oder pekuniärer, sondern legitimatorischer Natur. Sie trifft die Staaten in ihrem Selbstverständnis als Gemeinwesen, denn in allen gilt gleichermaßen: ein erwünschtes Einkommen erzielt nur, wer einer Erwerbsarbeit nachgeht. Wer daran scheitert, ganz gleich, ob selbstverschuldet oder nicht, versagt darin, eine normative Erwartung seiner Gemeinschaft zu erfüllen. Er versagt darin – und dies ist der Kern der Krise – seinen Verpflichtungen als Bürger nachzukommen, denn Erwerbsarbeit ist die einzige Einkommensquelle, die als solche von den politischen Gemeinschaften normativ anerkannt wird. Auf diese Krise und das mit ihr verbundene „Versagen“ gründen sich alle Maßnahmen, die einen höheren Druck auf Leistungsempfänger vorsehen, so die „Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ in Deutschland, kurz: Hartz-Gesetze.

Aus Bürgern wurden „Kunden“ der Arbeitsagenturen, die Bürger dadurch zu Konsumenten degradiert. Eine Perfidie, denn: wer arbeitslos ist, kann nicht wählen, ob er die Leistungen der Bundesagenturen in Anspruch nimmt: er benötigt – ein Einkommen für sein Auskommen. Diese Krise der Autonomie des Bürgers ist eine der Integrität, die daher rührt, die normative Erwartung der Gemeinschaft nicht mehr zu erfüllen und auf ein Ersatzeinkommen angewiesen zu sein. Eine objektive Stigmatisierung lastet auf dem Einzelnen, von der er sich nicht freimachen kann, selbst wenn er zu dieser Lage eine zynische Haltung einnimmt. Zynismus ist schon eine Reaktion desjenigen auf die stigmatisierende Wirkung der Sozialleistungen, der der Erwartung der Gemeinschaft nicht nachkommt. Die „Hartz-Gesetze“ sind also von einem Geist getragen, der die Bürger verleugnet, wo sie doch das Fundament des Gemeinwesens sind: der Volkssouverän.

An die Seite solcher politischer Entscheidungen ist ein Geist des Kalküls, ein Drängen nach Berechenbarkeit getreten. Alternativen zur gegenwärtigen Lage werden nicht gestalterisch erdacht, indem wir die Frage beantworten: was wollen wir? Wie soll die Zukunft unseres Gemeinwesens aussehen? Statt dessen beherrschen diejenigen die politische Debatte, die uns Bürger nur als Rechen- bzw. Steuerungsgrößen betrachten. Expertenhaft wird auf Alternativvorschläge herabgeblickt, die ausgetretene Pfade verlassen und ihnen attestiert, die Krise der Arbeitsgesellschaft werde doch in den kommenden Jahrzehnten wieder verschwinden. Sind

* Vortrag auf der Tagung *Zukunft der Gerechtigkeit* der Heinrich-Böll-Stiftung, im Workshop „Bedingungsloses Grundeinkommen?“, Umweltforum Friedrichshain, am 11.12.2004, in Berlin

erst einmal die Zeiten geburtenstarker Jahrgänge überwunden, so die Behauptung, werde sich die Lage am Arbeitsmarkt entspannen. Was aber würde eine solche Entwicklung angesichts der allgemeinen Arbeitsverpflichtung denn verändern? Gar nichts, außer den Umfang der Arbeitslosigkeit. Freiheit, und zwar politische Freiheit der Bürger, ist kein Rechenmodell. Für einen Fortschritt, also der Erweiterung politischer Freiheit, bedarf es einer Entkopplung von Arbeit und Einkommen, und dies geht nur mit einem radikalen Schritt.

Auch in anderen Bereichen dominiert dieser Geist des Kalküls. Eine symbolische Abschaffung der politischen Gemeinschaften hat schon vor geraumer Zeit eingesetzt. Als gebräuchlich kann die Redeweise gelten, Staaten stehen im Wettbewerb untereinander, sie konkurrieren um Unternehmen, um Arbeitnehmer, um Studenten. Politische Gemeinschaften werden zu Standorten umgewertet und dies sogar von denjenigen, die sie repräsentieren: den Politikern. Politische Gemeinschaften mit ihrer jeweils eigenen Geschichte bestehen aber um ihrer selbst willen und nicht als Schauplätze eines wirtschaftlichen Wettbewerbs. Sie sind Ort der Selbsthaftigkeit und der Beheimatung, an der eine Praxis, ein handelndes Subjekt, seine Entscheidungen ausrichtet. Gemeinschaften existieren um ihrer selbst willen, Standorte hingegen können geschlossen, Unternehmen stillgelegt, Arbeitskräfte entlassen werden. Eine politische Gemeinschaft folgt einer anderen Zwecksetzung: sie bildet den Grund und das Fundament jeglichen Wirtschaftens. Diese grundlegende Einsicht ist heute zumindest in der öffentlichen Debatte von der Vorstellung verdrängt worden, daß sich die Nationalstaaten nach dem Markt zu richten haben. Aber was ist der Markt? Er existiert nicht ohne das Wollen einer politischen Gemeinschaft. Kein Markt, ohne eine Solidargemeinschaft, aus der er hervorgeht; kein Markt, ohne einen Wertekonsens, auf dessen Basis Bürger ihr Eigeninteresse radikal verfolgen. Der Markt ist also kein Konstituens, sondern eine Resultante.

Nicht nur haben die Verfechter eines solchen Primats des Marktes für die Popularität von Begriffen wie Wettbewerb und Effizienz gesorgt – seine Kritiker haben zu dieser Aufwertung beigetragen. Wo die Verfechter des Marktprimats angegriffen und als Apologeten des Kapitalismus, als Verfechter der Eigenverantwortung entlarvt werden, erleidet jedes Bemühen zur Stärkung der Bürger dasselbe Schicksal: es wird sogleich als neoliberal denunziert. Daran erweist sich nur, daß weder die Verfechter des Marktprimats noch seine Kritiker über ein Verständnis des Politischen verfügen, in dessen Zentrum der Bürger steht – beide sind damit Symptom, nicht Lösung der Krise.

Für beide, Marktverfechter und Kapitalismuskritiker, steht also die Legitimität von Herrschaft durch den Volkssouverän, die Gemeinschaft der Bürger, unter Ideologieverdacht – zumindest ist sie kein Positivum, auf das sich bezogen wird. An ihrer Statt wird sich auf die Menschenrechte bezogen – ein Abstraktum, das nur durch eine Instanz wirklich werden, nur durch sie in Kraft treten kann: die politische Gemeinschaft. Wenn nicht die Bürger das Gemeinwesen tragen, wer dann? Es reicht aber nicht, auf die basale Bedeutung der Bürger hinzuweisen, wir müssen die Verantwortung auch tragen wollen und dessen scheinen wir uns manches Mal nicht so sicher zu sein.

Kehrseitig zum allseitigen Mißtrauen, das nun schon die Bundesregierung ihren Bürgern ausgesprochen hat, sprechen wir Bürger es uns selbst allzu oft aus. Wo Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit vonnöten wären, wo um unsere Zukunft gestritten werden müßte, dort rufen wir allzu gern nach Experten, wenn wir nicht gar einen Wandel für kaum undenkbar halten. Reformvorschläge, die einen großen Schritt verlangen, die ein Wagnis sind, erklären wir schnell für unrealistisch, idealistisch, utopisch, doch: wo es keine Utopie gibt, dort gibt es keine Chance den status quo zu verlassen, ihn zu überschreiten. Sicher muß eine Auseinandersetzung in Entscheidungen münden, doch sie können erst getroffen werden, wenn wir wis-

sen, wohin der Weg führen soll. Angesichts der Krise ist eine öffentliche Auseinandersetzung genau dasjenige, was wir benötigen.

Unsere politische Gemeinschaft gründet sich auf die Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Wir Bürger sind das Fundament dieser Gemeinschaft, wir sind der Volkssouverän. Unsere Abgeordneten, die in den Parlamenten und Regierungen unserer Demokratie Entscheidungspositionen bekleiden, erhalten von uns den Auftrag, Entscheidungen so zu treffen, daß sie unsere Gemeinschaft stärken und daß sie langfristig ihr Fortbestehen sichern. Wir delegieren diese Verantwortung nur, wir geben sie nicht ab. Jedes Volk hat die Politiker, die es verdient, sagt man, – und das gilt auch für uns, denn wir haben sie gewählt, aus der Mitte unserer Gemeinschaft sind sie hervorgegangen, aber deshalb sind sie uns auch rechenschaftspflichtig. Werden sie den Anforderungen und zu lösenden Aufgaben nicht gerecht, müssen wir sie abwählen oder aber ihnen auf anderem Wege mitteilen, daß sie nicht in unserem Sinne entscheiden. Dafür gibt es viele Wege und Orte. Deren wichtigster ist die politische Öffentlichkeit.

Wie aber sieht es dort aus? Die Intellektuellen, deren Aufgabe es ist, den politischen Streit in die Öffentlichkeit zu tragen, ihn anzufachen und Lösungsvorschläge darzulegen – von ihnen hört man nicht allzuviel. Statt radikale Kritik zu üben und Alternativen zu entwerfen, dienen sie sich der Politik als Berater an. Allenfalls wird an Gegnern Kritik geübt, deren Übermacht zuerst beschworen werden muß, wie der sogenannte Neoliberalismus. Gegenentwürfe, die die politische Gemeinschaft stärken, werden nur zaghaft vorgetragen. Zur Entfaltung dieser Vorschläge bedarf es der öffentlichen Debatte, um sie muß gestritten werden. Doch statt dafür radikal einzutreten, verstehen sich auch einige Kritiker als bessere Berater, attestieren verächtlich den Politikern Unfähigkeit und stehen natürlich immer auf der richtigen Seite, wissen angeblich, was zu tun wäre.

Wir – die Initiative ‚Freiheit statt Vollbeschäftigung‘ – streiten für eine grundsätzliche Alternative zu gegenwärtigen Reformvorschlägen. Die Resonanz auf unseren Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle Bürger hat verdeutlicht, daß die Zeit für eine solche Debatte reif ist. Wenn die Parteien sich mit einer solchen Alternative noch nicht beschäftigen, liegt es auch an ihrer mangelnden Präsenz in der öffentlichen Auseinandersetzung. Dies zu ändern, dafür streiten wir.

Die jüngsten Äußerungen seitens der Bundesregierung angesichts der Demonstrationen gegen die Hartz-Gesetze oder gar das Beklagen einer allgemeinen Mißbrauchsmentalität der Bürger sind symptomatisch. Eigentlich sollten unsere Politiker für unbequeme Entscheidungen die Bürger zu gewinnen suchen, statt dessen werden diese ob ihres Protestes gegen die Reformen kritisiert.

Sind die Proteste aber nicht ein Anzeichen dafür, daß die Reformen nicht als Lösung und der verschärfte Arbeitszwang als Entwürdigung wahrgenommen wird? Die Reformen weisen einen Weg, der kein Ausweg ist. Daher rührt das Mißtrauen in die Bereitschaft der Politiker, langfristige Lösungen zu suchen. Resignation und mancherorts ein zynisches Verhältnis zur Politik haben das Vertrauen in die politische Entscheidungsfindung untergraben.

Wo Politiker und Intellektuelle nicht mehr von Bürgern, sondern von „Menschen in unserem Land“, von der „Bevölkerung“ oder gar von „Kunden“ der „Agenturen für Arbeit“, sprechen: dort liegt unser Selbstverständnis von unserem Gemeinwesen im Argen.

Bedingungslos oder garantiert?

Der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens, den ich hier darlegen möchte, entscheidet sich von manchen Modellen, die unter der Bezeichnung Grundeinkommen verfochten werden.

Deswegen soll auch der Gestaltung eines Grundeinkommens ein besonderes Augenmerk gewidmet werden, denn sie entscheidet darüber, in welchem Maße es Freiheit eröffnet. Freiheit heißt hier zuallererst: Die Bürger können grundsätzlich entscheiden, wie sie ihren Beitrag zum Gemeinwohl leisten wollen. Denn daß sie dies wollen, wenn ihnen die Möglichkeit gegeben wird, steht außer Zweifel.

Aus diesem Grund und angesichts der vielfältigen Grundeinkommensüberlegungen ist eine Klärung dessen, was unter der Bedingungslosigkeit eines Grundeinkommens zu verstehen ist und welche Folgen sie für unser Gemeinwesen haben könnte, von zentraler Bedeutung.

Systematische Differenzen zwischen den verschiedenen Überlegungen zum Grundeinkommen und damit auch mögliche Konsequenzen bilden sich entlang einer einfachen Frage ab: wird ein Grundeinkommen bedingungslos gewährt oder ist es ein Ersatzeinkommen, das nur erhält, wer vorübergehend kein Einkommen über Erwerbsarbeit erzielt. Solange letzteres der Fall ist, bleibt jedes wie auch immer gestaltete Grundeinkommen an die eine normative Verpflichtung gebunden: Einkommen muß über Erwerbsarbeit erzielt werden. Ein positiv besetzter Beitrag zum Gemeinwohl ist nur auf diesem Wege einschränkungslos gegeben.

Wegen dieser scharfen Grenzziehung, die einen Unterschied ums Ganze ausmacht, sprechen wir, die Initiative Freiheit statt Vollbeschäftigung, immer vom „bedingungslosen Grundeinkommen für alle Bürger“. Nur diese Bezeichnung hebt deutlich heraus, welches Grundeinkommen gemeint ist. Daß die Gewährung des Grundeinkommens an keine Bedingung jenseits der Staatsbürgerschaft geknüpft ist, bedeutet: es verlangt von den Bürgern keine bestimmte Leistung, um einen Anspruch auf das Grundeinkommen zu erwirken – es wird ohne jegliche Leistung gewährt. Nur wenn das Grundeinkommen an keine besondere Verpflichtung inhaltlicher Art gebunden ist, nur dann wird die Freiheit der Bürger in ihrer schon heute vorliegenden Bedeutung: nämlich Fundament unseres Gemeinwesens zu sein, bedingungslos anerkannt. Erst die Bedingungslosigkeit legt den Bürgern die Entscheidung vollständig in ihre Hände: wie sie ihre Lebenszeit nutzen wollen, was sie für sinnvoll erachten und welchen Beitrag zum Gemeinwohl sie leisten wollen.

Genau diese hier benannten Kriterien unterscheiden das bedingungslose Grundeinkommen von einem Grundeinkommen, das über eine negative Einkommensteuer gewährt wird. Nicht das rechnerische Ergebnis macht den Unterschied, sondern die Implikationen und Handlungsmöglichkeiten, die normativ eröffnet, die dadurch positiviert werden.

Welche Voraussetzungen ein Grundeinkommen erfüllen muß, wenn es diese Freiheit ermöglichen soll, möchte ich nun darlegen. Darüber hinaus werde ich versuchen, begründete Vermutungen anzustellen, welche Entscheidungsmöglichkeiten durch ein solches Grundeinkommen entstehen oder befördert werden, welche langfristigen Konsequenzen es haben kann. Dabei wird auch in den Blick geraten, welche Umgestaltungen in allen Bereichen unseres Gemeinwesens erforderlich sind, wie z.B. im Bildungs- und Gesundheitswesen.

Freiheit statt Bevormundung – ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger

Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde von der Wiege bis zur Bahre jedem Bürger – ohne Bedürftigkeitsprüfung – zu jeder Zeit gewährt, Erwachsenen wie Kindern gleichermaßen. Diese umfassende Gewährung stellt alle Bürger gleich hinsichtlich ihres Anspruches auf das Grundeinkommen – solche mit wenig Vermögen genauso wie Millionäre. Es muß nicht beantragt werden und es ist kein Ausgleich für ein zu niedriges Erwerbseinkommen – es ist ein wirkliches **Bürger**-Einkommen.

Diejenigen, die zusätzlich zum bedingungslosen Grundeinkommen ein Erwerbseinkommen beziehen, werden ab einer gewissen Besteuerung einen höheren Betrag an Steuern abführen als der Betrag ist, den sie als Grundeinkommen erhalten. Aber hinsichtlich der politischen Bedeutung bestehen grundsätzliche Differenzen: Zuerst bleibt festzuhalten, daß die Negative Einkommensteuer an der Erwerbsverpflichtung festhält. Nur wenn das Erwerbseinkommen unter eine gewisse Höhe sinkt, profitiert der Bürger durch eine solche Steuer. Im Gegensatz dazu erhalten die Bürger das bedingungslose Grundeinkommen zu jeder Zeit, völlig unabhängig davon, ob sie ein Erwerbseinkommen beziehen und unabhängig von seiner Höhe. Es ist gewollt, daß sie entscheiden, wie sie zum Gemeinwohl beitragen wollen. Keineswegs ist voreingerichtet, daß dies über Erwerbsarbeit zu allererst zu geschehen hat.

Jeder Bürger erhielte dieses Grundeinkommen unabhängig davon, ob er darüber hinaus noch ein Erwerbseinkommen oder sonstige Einkommen z.B. aus Kapitalvermögen, Immobilienbesitz, Erbvermögen usw. bezieht. Erst diese zusätzlichen Einkommen würden besteuert.

Das bedingungslose Grundeinkommen träte an die Stelle aller bisherigen Transferleistungen und stünde auf einer anderen Legitimationsgrundlage: es wäre ein **Bürger**-Einkommen. Es stärkte die Autonomie und Integrität der Bürger wegen der grundsätzlichen Anerkennung, die es zum Ausdruck bringt. Indem es die Bürger stärkt, stärkt es unser Gemeinwesen. Alle Stigmatisierungseffekte, die von gegenwärtigen Sozialleistungen ausgehen, würden aufgehoben, denn ihre Gewährung folgt der Maxime: nur wer arbeitet, leistet einen Beitrag zum Gemeinwohl.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen eröffnete die Option, statt einer Erwerbsarbeit einer Tätigkeit außerhalb des Erwerbsfeldes nachzugehen. Ein permanentes Bemühen um die Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit wäre auf dieser Basis weder finanziell notwendig, noch normativ geboten. Die Anerkennung, die das Grundeinkommen zum Ausdruck bringt, und die Absicherung, ermuntern dazu, Entscheidungsmöglichkeiten auch zu ergreifen. Existenzsorgen müßte niemand haben.

Je höher das bedingungslose Grundeinkommen, desto mehr förderte es die Freiheit, Verantwortung im Gemeinwesen zu übernehmen.

Stärkung der Familie

Ein bedingungsloses Grundeinkommen stärkte die Eltern und damit auch die Familien. Eltern stehen heute nicht selten vor dem Dilemma: entweder der Erwartung nachzugeben, beruflichen Erfolg anzustreben und ihre Kinder verhältnismäßig früh in die Obhut von Betreuungseinrichtungen zu geben – oder selbst für ihre Kinder zu sorgen und damit das Gebot zu verletzen, beruflichen Erfolg anzustreben.

Der Erwerbstätigkeit den Vorrang einzuräumen, drängt Eltern dazu, ihre Kinder früh dem Schonraum Familie zu entreißen. Welche Folgen dies im Einzelnen hat, ist schwer vorauszusagen, kann aufgrund der Bedeutung, die die Eltern für ihre Kinder haben, aber vermutet werden. Gerade deswegen sollten wir Eltern die Möglichkeit geben, sich für ihre Kinder zu entscheiden. Dies geht nur, wenn wir den beruflichen Erfolg nicht als das Maß der Dinge betrachten. In der Regel ist die Familie der beste Ort für Kinder. Schädigungen der Persönlichkeitsentwicklung, sind um so schwerwiegender, je früher Kinder der Familie entwöhnt werden. Vor allem sind sie nicht wieder gut zu machen und beeinträchtigen ein konkretes Leben dauerhaft. Die Integrität des einzelnen Lebens wird verletzt, es hat die Folgen zu tragen – wie auch unser Gemeinwesen die Folgen zu tragen hat.

Im Gegensatz dazu ermöglichte ein bedingungsloses Grundeinkommen den Eltern, sich frei zu entscheiden, was sie für wichtiger erachten. Beide Eltern könnten gleichermaßen sich Zeit nehmen, hätten die Chance, für ihre Kinder da zu sein. Für die Mütter würde dies eine große Entlastung bedeuten, wenn auch die Väter mehr zuhause wären, als dies heute oft der Fall ist. Für die Familie insgesamt ist die stärkere Anwesenheit der Väter wünschenswert.

Neugierde und Erfahrung

Da das Grundeinkommen davon befreite, sich unbedingt für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren und Interessen nur dann zum Lebensmittelpunkt zu erklären, wenn sie beruflich verfolgt werden können, erhielte Müßiggang eine andere Bedeutung. Etwas um seiner selbst willen zu erkunden, könnte Maxime des Lebens werden.

Neugierde ist die Voraussetzung für ein Denken, das ins Unbekannte vorstößt. Wie sehr man als Erwachsener dazu bereit ist, hängt entscheidend davon ab, inwiefern Eltern und das Bildungswesen dies fördern.

Das Fördern von Neugierde und Offenheit könnte zur Maxime des Bildungswesens werden, sie ist schon heute die Grundlage für ein erfülltes Berufsleben. Was heute noch als glücklicher Umstand gilt: daß Interessen und Beruf zusammenfallen, könnte mit Hilfe eines Grundeinkommens zur Selbstverständlichkeit werden.

Vertrauen in Neugierde und in die Verantwortung der Eltern erlauben eine solche Freiheit. Nun könnte hier eingewandt werden, daß Eltern heute ihrer Verantwortung nicht mehr nachkommen, Kinder sich für alles, nur nicht für die Schule interessieren. Welchen Anteil daran tragen aber die bestehenden Ordnungen, müssen wir fragen? Wird Neugierde durch unsere Bildungseinrichtungen überhaupt gefördert? Werden Eltern nicht allzu oft bevormundet, wird ihnen nicht gar mißtraut – wie es die allgemeine Schulpflicht zum Ausdruck bringt? Können wir die Verweigerungshaltung von Schülern nicht ebenso gut als Protest dagegen verstehen, daß sie nicht ernstgenommen werden? Dies müssen wir bedenken, wollen wir nicht vorschnell Schlüsse darauf ziehen, woher manche dieser Probleme heute rühren.

Chance für die Jugend

Der Druck der heute auf Jugendlichen lastet, ist der Feind jeden Wagnisses. Ihnen wird gepredigt, sie müßten um jeden Preis einen Weg in den Arbeitsmarkt finden, obwohl dieser immer weniger Arbeitskräfte benötigt. Wir erlauben ihnen nicht, frei zu erkunden, was sie interessiert, Dinge auszuprobieren, ohne sich festlegen zu müssen, gerade zu einer Zeit, in der traditionell verlässliche Wege abhanden gekommen sind. Gerade sie aber müssen die gegen-

wärtige Lage als besonders widersprüchlich wahrnehmen: einerseits der enorme Reichtum, andererseits das gewaltige Mißtrauen in die Verantwortungsbereitschaft des Einzelnen.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde die Freiheit schaffen, herauszufinden, worin die eigenen Stärken liegen. Die Wahl des Berufes müßte nicht unter Zeitdruck und schon gar nicht um jeden Preis geschehen. Auch die Wahl eines Studiums wäre befreit von dem angestrengten Bemühen, ein arbeitsmarkttaugliches Zertifikat zu erhalten – ein Bemühen, das heute oft das Gegenteil dessen erreicht, was es erstrebt.

Innovation und Muße

Ein bedingungsloses Grundeinkommen stärkte den Geist der Neuerung. Es verschaffte eine finanzielle Absicherung, die Müßiggang erlaubte und förderte. Er ist die Voraussetzung für die Entstehung von Neuem, dem Entwickeln von Ideen und der Beschäftigung mit Dingen um ihrer selbst willen.

Innovative Ideen könnten frei entwickelt werden, Existenzsorgen müßte niemand haben. Das Entwickeln von Ideen wäre nicht von der Marktgängigkeit abhängig. Der Absatz an einem Markt könnte erfolgen, wenn das Produkt ausgereift wäre. Auch könnte es sich gegen die Marktregeln am Leben erhalten, und das wäre gut, denn wir wissen: der Markt entscheidet sich nicht ohne weiteres für das beste Produkt.

Ideen müßig zu entwickeln, würde in seiner Bedeutung für die politische Gemeinschaft anerkannt, ihm haftete nicht mehr der Makel der „Spinnerei“ an. Muße würde zur Selbstverständlichkeit. Hingabe an eine Sache und Kreativität wären der Maßstab, an dem jede Tätigkeit, auch jede Erwerbstätigkeit, sich messen lassen müßte.

Engagement und Anerkennung

Während sowohl die Ideen eines Niedriglohnssektors oder der Lohnsubventionierung als auch die der allgemeinen Arbeitsumverteilung durch Arbeitszeitverkürzung am Gebot der Erwerbsarbeit festhalten, befreite das bedingungslose Grundeinkommen von ihm.

Nur das Grundeinkommen eröffnet eine radikale Entscheidungsmöglichkeit dazu, wie man seinen Beitrag zum Gemeinwohl leisten will. Dieser Freiheit entspräche eine Verantwortungszumutung: Ganz gleich, wofür man sich entscheidet, es muß eine vernünftige Antwort auf die Chance der Freiheit darstellen. Denn mit der Entscheidung der Gemeinschaft, die Freiheit der Bürger zu stärken, ginge auch eine Verpflichtung einher: Die Freiheitschancen müßten sinnvoll genutzt werden. Aber es dürfte nicht vorgeschrieben werden, was als sinnvoll gälte. In der vernünftigen Nutzung der Freiheit bestünde dann ein Beitrag zum Gemeinwohl.

Wer einen Beruf ergreifen wollte, müßte sich für den auch dann noch bestehenden Arbeitsmarkt qualifizieren. Die Anforderungen an Arbeitskräfte werden zunehmen. Die Bereitschaft, sich in den Dienst einer Sache zu stellen, dem Zweck einer Organisation zu dienen, wäre von größerer Bedeutung als heute.

Neuerungen erwachsen aus der Auseinandersetzung mit ungelösten Problemen, dazu würde das Grundeinkommen ermutigen. Eine wirkliche Kultur der Leistung würde gefördert und es nicht bei der rhetorischen Forderung danach belassen.

Leistung statt Lohnkostensenkung um jeden Preis würde der Wirtschaft der Zukunft ein neues Fundament geben. Statt Angst um Einkommensverlust würde die Bereitschaft zu Leistung und Innovation gefördert.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer

Arbeitgeber, öffentliche wie private, wären aufgerufen, um leistungsbereite Mitarbeiter zu werben. Sie müßten ihnen gute Arbeitsbedingungen bieten, damit sie einen Arbeitsplatz annehmen. Ein Unternehmen, das Mitarbeiter gegeneinander ausspielte, verlöre sie angesichts eines bedingungslosen Grundeinkommens bald: denn es verleiht Verhandlungsmacht.

Automatisierungschancen zu nutzen, wäre gewünscht, ja erstrebenswert. Dies leistete einen Beitrag zur Ressourcenschonung und zum Rückgewinn von Lebenszeit. Ein bedingungsloses Grundeinkommen erlaubte zu automatisieren, wenn es unternehmerisch sinnvoll ist.

Arbeitnehmer wären immer abgesichert. Darüber hinaus könnten sie Abfindungsregelungen aushandeln, wie auch Arbeitszeiten. Ein Renteneintrittsalter müßte nicht mehr allgemein bestimmt werden. All diese Entscheidungen lägen in der Hand des Einzelnen, der sie aushandeln könnte.

Gegenwärtig befinden sich Unternehmen, die Mitarbeiter entlassen wollen, in einem Konflikt: Auf der einen Seite sollen sie innovativ sein und Ressourcen schonen, also auch Arbeitskraft. Auf der anderen Seite sollen sie aber Arbeitsplätze schaffen, auch wenn sie diese nicht benötigen. Entscheiden sie sich für ersteres, werden sie kritisiert, entscheiden sie sich für die zweite Option, müssen sie auch kritisiert werden. Denn zu ihren Aufgaben gehört die Nutzung technologischer Problemlösungen in vollem Umfang. Wo Unternehmen darauf verzichten, verzichtet eine politische Gemeinschaft auf die Nutzung von Neuerungen. Jede der genannten Entscheidungen zeitigt heute unerwünschte Folgen. Aus diesem Dilemma gelangte man nur hinaus, wenn Automatisierung erstrebenswert würde und Einkommen nicht mehr über Erwerbsarbeit erzielt werden müßte.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen stärkte die Wirtschaft, weil unproduktive Industrien und Wirtschaftszweige nicht aus politischen Überlegungen der Sozialverträglichkeit aufrechterhalten werden müßten. Subventionen, die heute in Branchen fließen, um sie künstlich marktfähig zu halten, stünden für andere Bereiche zur Verfügung.

Leistungsbereitschaft und die Förderung von Neuerungen würden im Zentrum stehen. Innere Kündigung oder Sabotage am Arbeitsplatz, heute unter anderem eine Reaktion auf die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, würden von gestern sein.

Nur der Erwähnung bedarf es hier noch, daß ein bedingungsloses Grundeinkommen einen umfassenden Abbau von Bürokratie in allen Bereichen, auch in den Sozialsystemen, ermöglichen würde. Denn heute noch durchgeführte Kontrollen und Bevormundungen wären nicht mehr notwendig. Statt Arbeitsagenturen zu unterhalten und Kapital zu verschwenden, legten wir diese Entscheidungen in die Hand der Bürger. Hilfsangebote sollten natürlich vorgehalten werden, doch sind es Angebote, keine Verpflichtungen. Demotivierende Effekte der Kontrollen verschwinden. Nicht Arbeitslosigkeit gäbe es, sondern Freiheit dazu, seinen Interessen nachzugehen.

Einwände

„Aber wer arbeitet dann noch? Und wer erledigt die Tätigkeiten, die nicht sehr attraktiv, aber doch unerlässlich sind?“

Erwerbsarbeit würde es weiterhin geben und alle, die dies jetzt schon aus Hingabe an eine Sache tun, sich mit ihr identifizieren, würden durch das Grundeinkommen in ihrem Interesse bestärkt. Sie sind wahrscheinlich auch diejenigen, die schon heute Neuerungen hervorbringen. Doch werden sie einer Erwerbsarbeit nicht mehr unter allen Bedingungen nachgehen müssen. Und dort, wo einfachere Tätigkeiten verlässlich und gewissenhaft verrichtet werden müssen, hätten Bürger künftig die Freiheit, schlechte Arbeitsbedingungen abzulehnen.

„Wie hoch soll das Grundeinkommen denn sein?“ Angaben über die Höhe eines Grundeinkommens leiden heute unter einem einfachen Problem: die Kaufkraft des Einkommens besteht immer nach gegenwärtigen Preisen. Wenn das Grundeinkommen aber einen Wandel unseres Wertgefüges nach sich zieht, wird sich auch die Wertschätzung bestimmter Güter und Dienstleistungen wandeln. Nicht nur steht zu vermuten, daß manche Güter vom Markt verschwinden, andere würden stärker nachgefragt. Doch können wir dies lediglich vermuten und keine verlässliche Auskunft über reale Entwicklungen geben.

Vor allem aber ist die gewünschte Höhe des Grundeinkommens nicht durch Expertise zu bestimmen. Experten können allenfalls einschätzen, ob eine gewünschte Höhe realisierbar wäre, nicht aber, ob sie gewollt wird. Dazu muß über die Höhe zuerst einmal gestritten werden, sie hängt also wesentlich davon ab, wie hoch es nach unserem Dafürhalten sein soll. Rechenmodelle dürfen politische Gestaltung nicht ersetzen, wie man gegenwärtig oft den Eindruck gewinnen kann.

Ohne Vertrauen keine Zukunft

Ein bedingungsloses Grundeinkommen hat eine entscheidende Voraussetzung: das Gemeinwesen muß in die Gemeinwohlbindung seiner Bürger vertrauen. Es muß darauf vertrauen, daß die Bürger ihren Beitrag leisten wollen. Dies ist schon heute die Grundlage jeglicher demokratischer Ordnung, von daher also wäre ein Grundeinkommen nur die Konsequenz aus der Gegenwart – eine aus der Realität erwachsene Utopie.